

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand Grüne Dortmund (dort beschlossen am: 03.04.2025)

Titel: Gleichberechtigung und Engagement

Text

1 Eine gerechte Stadt misst sich daran, wie gut sie für alle funktioniert - nicht
2 nur für die Mehrheit, sondern für jeden einzelnen Menschen. Dortmund steht in
3 der Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Schutz für Menschen in
4 sehr unterschiedlichen Lebenssituationen zu gewährleisten. Das betrifft unter
5 anderem Frauen, die immer noch strukturell benachteiligt sind, ebenso wie
6 Geflüchtete, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Sexarbeiter*innen.

7 Wir wollen, dass Dortmund eine Stadt ist, in der niemand vergessen wird. Dafür
8 setzen wir uns ein – für echte Gleichstellung, für Barrierefreiheit im Alltag,
9 für mehr Schutz vor Gewalt und Ausbeutung und für Unterstützung im Alter oder
10 beim Neustart in einem fremden Land.

11 Die Kommune ist oft der erste Ort, an dem Menschen Hilfe, Gerechtigkeit oder
12 Schutz suchen. Deshalb braucht es konkrete kommunale Maßnahmen, die Strukturen
13 verbessern, Zugang schaffen und Chancen ermöglichen. Wir fördern
14 Unterstützungsangebote für vulnerable Gruppen, setzen uns für faire
15 Arbeitsbedingungen auch in marginalisierten Lebensbereichen ein und stärken das
16 Ehrenamt als Rückgrat einer solidarischen Stadt.

17 Dortmund soll eine Stadt sein, in der Gleichstellung nicht nur ein Versprechen
18 ist, sondern Realität. Eine Stadt, die Altersarmut, Einsamkeit, Wohnungsnot und
19 Diskriminierung nicht hinnimmt, sondern mit kluger, zukunftsorientierter Politik
20 begegnet. Eine Stadt, die zuhört, mitgestalten lässt und niemanden zurücklässt.
21 Eine Stadt, die allen gehört.

22 Für die Gleichstellung von Frauen

23 Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein tragender Grundpfeiler unserer
24 demokratischen Gesellschaft. Ob auf dem Arbeitsmarkt, in der medizinischen
25 Versorgung oder in der Aufteilung von Sorgearbeit: Trotz einiger Fortschritte
26 erleben Frauen weiterhin strukturelle Benachteiligungen in nahezu allen
27 Lebensbereichen. Zudem erlebt mindestens ein Drittel aller in Deutschland
28 lebenden Frauen körperliche, psychische und sexualisierte Gewalt. Dass fast
29 täglich ein Femizid gemeldet wird, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Wir
30 wollen, dass alle Menschen in Dortmund unabhängig von Geschlecht frei, sicher
31 und gleichberechtigt leben können. Auf GRÜNE Initiative konnte in Dortmund eine
32 Koordinierungsstelle zur kommunalen Umsetzung der Istanbul-Konvention
33 eingerichtet werden, die den Schutz von Frauen vor Gewalt in Dortmund verbessern
34 soll.

35 Wir werden

- 36 • den kommunalen Masterplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zügig
37 umsetzen, um Frauen effektiv vor Gewalt zu schützen.

- 38 • Plätze im Dortmunder Frauenhaus bedarfsgerecht ausbauen, damit alle Frauen
39 bestmöglich geschützt werden können und die Arbeit des Dortmunder
40 Frauenhauses durch erweiterte Finanzierung unterstützen.

- 41 • Unterstützungsangebote für Frauen und Kinder im Frauenhaus verbessern und
42 nachhaltige Jugendhilfeprogramme nach dem Aufenthalt anbieten.

- 43 • den Übergang von der Unterbringung im Frauenhaus in eigenen Wohnraum
44 unterstützen

- 45 • zur Gewaltprävention und zur Aufklärung die Bildungsarbeit in Schulen und
46 anderen Bildungsstätten stark ausweiten.

- 47 • die Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt intensivieren, insbesondere mit
48 dem Projekt „Echte Männer reden“.

- 49 • den bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für Gewaltopfer
50 umsetzen.

- 51 • anzeigenunabhängige und anonyme Spurensicherung für Personen, die von
52 sexueller Gewalt betroffen waren, nach sexuellem Missbrauch in allen
53 Kliniken Dortmunds ermöglichen.

- 54 • mehrsprachige Beratungsangebote und psychosoziale Begleitung ausbauen.

- 55 • analog zum „Haus des Jugendrechts“ das „Haus des Frauenrechts“ einrichten,
56 worin die Frauenberatungsstelle, das Kommissariat für Kriminalprävention
57 und Opferschutz der Polizei Dortmund sowie die für häusliche Gewalt
58 zuständige Staatsanwaltschaft vertreten sind.

- 59 • langfristige Wohnraumlösung für wohnungslose Frauen schaffen.

- 60 • städtische Aktionsformate zum „Equal Pay Day“ unterstützen, um die
61 Forderung nach einem Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene zur
62 Bekämpfung der Lohnungleichheit zu verstärken.

- 63 • die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen durch Mentoring,
64 Vernetzung und gezielte Programme, insbesondere in der städtischen
65 Verwaltung und Tochterunternehmen, fördern.

- 66 • spezifische Programme und eine verpflichtende Frauenquote von 50 % in
67 Geschäftsführungen und Aufsichtsräten von städtischen Unternehmen
68 einführen.

- 69 • einen Gleichstellungsausschuss mit eigenem Etat einrichten, in dem auch
70 zivilgesellschaftliche Institutionen (zum Beispiel die Dortmunder
71 Frauenverbände) beratend vertreten sein sollen.

72 Für Selbstbestimmung im Alter

73 In Dortmund leben ca. 120.000 Menschen über 65 Jahre. Sie sind ein wertvoller
74 Teil unserer Gesellschaft. Ihre Lebenserfahrung, ihr Wissen und ihr Engagement
75 bereichern unser Zusammenleben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in
76 Würde altern können und bis ins hohe Alter selbstbestimmt und aktiv am
77 gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir möchten Sorge dafür tragen, dass ältere
78 Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben
79 können und Teil der aktiven Gesellschaft sein können.

80 Wir werden

- 81 • die Seniorenbüros und das Projekt "Begegnung VorOrt" erhalten und
82 kultursensibel betreiben.

- 83 • Angebote für Begleitung bei Behördengängen schaffen.

- 84 • die städtischen Seniorenheime und die Förderung interkultureller Konzepte
85 stärken und ausbauen.

- 86 • generationenübergreifende Wohnprojekte mit integrierten Pflegediensten in
87 Dortmund unterstützen und ausbauen.

- 88 • mehr kostenlose, öffentliche und rund um die Uhr geöffnete Toiletten
89 einrichten.

- 90 • mehr Vollzeitstellen kommunal finanzieren, die sich insbesondere mit den
91 Belangen älterer, migrantischer Menschen beschäftigen.

- 92 • den Senior*innenbeirat stärken und seine Mitwirkungsmöglichkeiten
93 ausbauen.

- 94 • Senior*innenbegegnungsstätten als intergenerative Stadtteil- und
95 niedrigschwellige Begegnungszentren neu denken.

- 96 • Selbsthilfeeinrichtungen von Senior*innen unterstützen.
- 97 • die gesundheitliche Versorgung auf eine alternde Bevölkerung einstellen.
- 98 • die Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Wohnumfeld, im
99 öffentlichen Raum und bei Behörden sowie geförderten Gebäuden ausbauen.
- 100 • einen Begleitservice für die Nutzung von Bussen und Bahnen einrichten.
- 101 • Community Health Nurses einführen, um das Wohlbefinden und die
102 gesundheitliche Versorgung von Menschen im Alter in ihrem Umfeld zu
103 verbessern.
- 104 • kostenlose oder vergünstigte Kultur-, Sport- und Freizeitangebote für
105 Senior*innen mit geringer Rente schaffen.
- 106 • Senior*innen bei der Beantragung von Wohngeld und Grundsicherung stärker
107 unterstützen.
- 108 • Teilhabeprojekte fördern, um Einsamkeit im Alter zu bekämpfen.
- 109 • Programme schaffen, die Senior*innen dazu befähigen, am digitalen Leben
110 teilzuhaben und digitale Angebote vollumfänglich nutzen zu können.
- 111 • das Modellprojekt "Gesundheitskiosk" auch über 2026 hinaus verstetigen.
- 112 • Angebote stärken, die den Zugang zu ehrenamtlichem Engagement für ältere
113 Menschen erleichtern.

114 **Für gelebte Inklusion**

115 In einer gerechten Gesellschaft hat jeder Mensch das Recht auf gleichberechtigte
116 Teilhabe – unabhängig von körperlichen oder geistigen Fähigkeiten, Herkunft,
117 Alter oder sozialer Situation. Inklusion ist für uns kein abstraktes Konzept,
118 sondern eine konkrete Vision: Wir wollen eine Gemeinschaft, in der Vielfalt als
119 Bereicherung erlebt wird und Barrieren konsequent abgebaut werden. Dafür setzen
120 wir uns mit Nachdruck ein.

121 Wir werden

122 • das Behindertenpolitische Netzwerk nach außen und innerhalb der Verwaltung
123 und der Gremienarbeit stärken.

124 • eigene Mittel für Projekte des Behindertenpolitischen Netzwerk zur
125 Verfügung stellen

126 • den Inklusionsbeirat fördern.

127 • einen inklusiven ersten Arbeitsmarkt fördern, der Perspektiven für
128 Menschen in Behindertenwerkstätten und im sozialen Arbeitsmarkt schafft.

129 • Integrationsbetriebe oder Integrationsabteilungen auch innerhalb der
130 Verwaltung prüfen.

131 • Jugendhilfe grundsätzlich inklusiv gestalten und dafür ein
132 Investitionsprogramm.

133 • ÖPNV so gestalten, dass alle teilhaben können, z. B. durch die Einführung
134 eines Begleitservice.

135 • das Angebot des Behindertenfahrdienstes sicherstellen und bei Bedarf
136 nachbessern

137 • Inklusion für politisches Engagement verwirklichen.

- 138 • städtische Infrastruktur inklusiv gestalten.

- 139 • städtische Veranstaltungen (z. B. durch Gebärdendolmetscher*innen und
140 barrierefreie Technik) inklusiver gestalten.

- 141 • Wegebeschriftungen für Sehbeeinträchtigte in Braille-Schrift z. B. in
142 Geländern flächendeckend anbringen.

- 143 • den Zugang zu Hilfesystemen für Familien mit Migrationshintergrund und
144 Behinderung stärken und verbessern.

- 145 • mehr qualifiziertes Fachpersonal für Inklusion in Bildungseinrichtungen
146 einsetzen.

- 147 • kostenlose oder vergünstigte Kultur-, Sport- und Freizeitangebote für
148 Menschen mit Behinderung schaffen.

149 **Für einen guten Umgang mit Sexarbeit und Prostitution**

150 Sexarbeit und Prostitution sind gesellschaftliche Realitäten, die differenzierte
151 politische Antworten erfordert. Wir setzen uns für einen Ansatz ein, der die
152 Rechte von Prostituierten und die Selbstbestimmung von Sexarbeiter*innen in den
153 Mittelpunkt stellt, gleichzeitig aber entschieden gegen Menschenhandel und
154 Zwangsprostitution vorgeht. Unser Ziel ist eine Politik, die Betroffene schützt,
155 statt sie zu stigmatisieren.

156 **Wir werden**

- 157 • Anonymität von Sexarbeiter*innen schützen, eine kostenlose gesundheitliche
158 Beratung und angemessene personelle Ausstattung im Gesundheitsamt
159 sicherstellen.

- 160 • eine Diamorphin-Ambulanz auch zur Unterstützung drogenabhängiger Frauen
161 einrichten.

- 162 • die Förderung des Ausstiegs aus der Prostitution stärken.

- 163 • Beratungsstellen und Hilfsangeboten für minderjährige Prostituierte sowie
164 Förderung von Präventions- und Onlineberatungsprogrammen finanziell
165 sicherstellen.

- 166 • die Finanzierung der Fachberatungsstellen sicherstellen und ausbauen, um
167 umfassende Ausstiegshilfen und Streetwork dauerhaft zu gewährleisten.

- 168 • Beratungs- und Hilfsangeboten für alle Opfer von Menschenhandel
169 sicherstellen, unabhängig vom Ort ihrer Ausbeutung.

- 170 • den Runden Tische sowie das Dortmunder Modell zur Unterstützung aller
171 Beteiligten und gegen den Verbleib junger Menschen in der Prostitution
172 weiterführen und ausbauen.

- 173 • Präventions- und Unterstützungsangebote für männliche Sexarbeiter und
174 Prostituierte weiterführen.

- 175 • Sexarbeiter*innen in politische Entscheidungen, die sie betreffen, stärker
176 einbinden.

- 177 • die Ordnungsbehörden für einen nicht-diskriminierenden Umgang mit
178 Sexarbeiter*innen und Prostituierten sensibilisieren.

- 179 • kostenlose und anonyme medizinische Angebote, z. B. für HIV-Tests,
180 gynäkologische Untersuchungen und psychologische Betreuung ausbauen.

- 181 • eine mehrsprachige Aufklärungskampagne für Betroffene initiieren, um über
182 Rechte und Hilfsangebote zu informieren.

183 **Für erfolgreiche Migration**

184 In einer Welt voller Krisen und Konflikte sind Millionen Menschen gezwungen,
185 ihre Heimat zu verlassen. Wir stehen für eine Geflüchtetenpolitik, die
186 Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt und Integration als Chance begreift.
187 Dabei leitet uns die Überzeugung, dass jeder Mensch Schutz und ein Leben in
188 Sicherheit und Würde verdient – unabhängig von Herkunft oder Fluchtgrund.

189 **Wir werden**

- 190 • die sogenannte „Bezahlkarte für Geflüchtete“ auch weiterhin kategorisch
191 ablehnen und uns dafür einsetzen, die Bezahlkarte perspektivisch auch in
192 Unterkünften des Landes NRW in Dortmund nicht mehr zu nutzen.

- 193 • die Arbeit des seit Januar 2025 gegründeten Amtes für Migration verbessern,
194 indem wir die bisherige Arbeit unter Beteiligung von Verbänden evaluieren
195 und weiterentwickeln.

- 196 • das Beschwerdegremium “Bleiberechte fördern” bekannter machen und
197 niederschwelliger ausgestalten.

- 198 • Bleiberechte durch gezielte Programme sowie durch die
199 Ermessensentscheidungen über Bleiberechte zugunsten von Geflüchteten
200 fördern, insbesondere für Familien und junge Geflüchtete in Ausbildung.

- 201 • den Service im Amt für Migration respektvoller und bedarfsorientierter
202 gestalten, die Wartezeiten auf Termine und die Bearbeitungszeiten deutlich
203 verkürzen und es zu einem Willkommenscenter mit Schwerpunkt auf Förderung
204 und Integration umbauen.

- 205 • die Digitalisierung im Amt für Migration werden wir stärken, dies hat mit
206 der Umstellung auf E-Akten bereits begonnen.

- 207 • das Dienstleistungszentrum Migration & Integration (MigraDo) unterstützen
208 und näher an das Amt für Migration anbinden.

- 209 • Bürokratie für Geflüchtete verringern und damit ehrenamtliche Vereine
210 entlasten, deren Arbeit zum Großteil aus Hilfe im Umgang mit den Ämtern
211 besteht.

- 212 • die kommunalen Unterbringungsbedingungen verbessern, z. B. durch kleinere,
213 dezentrale Unterkünfte.

- 214 • ausreichend Sprach- und Integrationskurse anbieten, auch mit flexiblen
215 Angeboten für Menschen mit Betreuungspflichten oder unflexiblen
216 Arbeitszeiten.

- 217 • die politische Bildung für Zugewanderte mit gezielten
218 Informationsangeboten zu Rechten, Wahlen und Beteiligung stärken.

- 219 • Hürden für schnelle Arbeitsmarktintegration abbauen.

- 220 • Ausbildungs- und Praktikumsplätzen für Geflüchtete durch Kooperation mit
221 Dortmunder Unternehmen fördern.

- 222 • die medizinische Versorgung verbessern, insbesondere für Menschen ohne
223 gesicherten Aufenthaltsstatus.

- 224 • psychosoziale Hilfsangeboten für traumatisierte Geflüchtete ausbauen.

- 225 • Vereine in der Geflüchtetenhilfe unterstützen, um die vorhandenen
226 professionellen Strukturen zu erhalten und zu stärken, da die Finanzierung
227 durch Landes- und Bundesförderung zunehmend schwindet, und den Dialog mit
228 dem Amt für Migration weiter zu verbessern.

- 229 • als Stadt die Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff übernehmen und
230 gezielt mehr Geflüchtete aufnehmen, die aus Seenot gerettet wurden.

- 231 • den Status als "Sicherer Hafen" erhalten.

- 232 • Flüchtlinge bei der Integration in legale Strukturen unterstützen und
233 Schutz vor ausbeuterischen Arbeits- und Wohnverhältnissen bieten.

- 234 • die rechtliche und soziale Situation von Menschen ohne Papiere verbessern
235 und Perspektiven schaffen.

- 236 • mehr interkulturelle Begegnungsformate und Nachbarschaftsprojekte fördern,
237 um den Austausch zwischen Geflüchteten und Dortmunder*innen zu stärken.

- 238 • Bleiberechte durch gezielte Programme und das von uns initiierte Gremium
239 "Bleiberechte fördern" stärken sowie durch die Ermessensentscheidungen
240 über Bleiberechte zugunsten von Geflüchteten fördern, insbesondere für
241 Familien und junge Geflüchtete in Ausbildung.

- 242 • die Aufnahme von geflüchteten Kriegsdienstverweigerer*innen unterstützen.

- 243 • Geflüchtete bei der Wohnungssuche und Integration unterstützen.

- 244 • die Umsetzung des „Masterplans Integration“ vorantreiben.

245 **Für das Ehrenamt als Herz der Stadt**

246 In Dortmund engagieren sich tausende Menschen freiwillig in Vereinen und
247 Initiativen, um anderen zu helfen und unsere Stadt lebenswerter zu machen.
248 Dieses Engagement verdient nicht nur unsere Anerkennung, sondern auch unsere
249 aktive Unterstützung. Hierfür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen. Zu oft
250 scheitern wertvolle Initiativen an bürokratischen Hürden oder fehlenden
251 Ressourcen. Die Stadt muss als Ermöglicherin und nicht als Bremserin auftreten
252 und den Tatendrang der Dortmunder*innen aufnehmen und fördern.

253 Wir wollen Dortmund zur Engagement-Stadt Nummer 1 im Ruhrgebiet machen! Dafür

254 werden wir

- 255 • zivilgesellschaftliches Engagement stärken.
- 256 • den Ehrenamtsfonds weiter aufstocken.
- 257 • ehrenamtliche Strukturen und Vereine finanziell und strukturell
258 unterstützen.
- 259 • besser über Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement informieren und
260 aktiv in allen Altersgruppen dafür werben.
- 261 • die Vermittlung und das Matching von Ehrenämtern und Ehrenamtler*innen
262 stärken und die vorhandene FreiwilligenAgentur stärken und bewerben.
- 263 • Projekte wie "WeQ - Geflüchtete im Ehrenamt" stärken.
- 264 • die Nutzung von öffentlichen Räumlichkeiten - wie z. B. Schulen - durch
265 Vereine und Initiativen ermöglichen.
- 266 • Angebote an Flächen für den Bedarf von Vereinen schaffen, auch
267 Logistikflächen.
- 268 • die Dortmunder Angebote für die Ehrenamtskarte NRW mit attraktiven.
269 Vergünstigungen bei städtischen Einrichtungen und teilnehmenden
270 Unternehmen ausbauen und die Karte bekannter machen.
- 271 • mehr kostenlose Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche anbieten.
- 272 • ein Mentoring-Programm aufbauen, das erfahrene Ehrenamtliche mit
273 Neueinsteiger*innen zusammenbringt.

- 274 • Schulprojekte zum sozialen Ehrenamt fördern, um Jugendliche frühzeitig für
275 freiwilliges Engagement zu begeistern.

- 276 • Förderanträge durch digitale Lösungen und Unterstützungsangebote
277 vereinfachen.